



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre**

**Siebert, Benno von**

**Berlin [u.a.], 1925**

Nachwirkungen der Krise.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73564](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73564)

titels 25 des Berliner Traktates gibt." Telegraphieren Sie uns bitte, ob die englische Regierung derselben Ansicht ist.

**Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolzky vom 24. März / 6. April 1909. — Nr. 30.**

Persönlich und sehr vertraulich. Ich habe im hiesigen Publikum gewisse Befürchtungen hinsichtlich der zukünftigen Orientierung der russischen Politik England gegenüber gefunden, und diese Befürchtungen scheinen mir sogar gewisse Kreise der Regierung ergriffen zu haben. Ich habe gestern eine günstige Gelegenheit benutzt, die sich mir infolge der freundschaftlichen Gesinnung Greys darbot, um ihm zu sagen, allerdings vertraulich und in meinem eignen Namen, daß ich zwar zugebe, daß die Gerüchte im Publikum und in den Zeitungen über den deutschen Schritt in Petersburg übertrieben sein können, daß aber alles, was ich von diesem Schritt wüßte, in mir die feste Überzeugung hervorrufe, daß dieser Schritt eine Handlungsweise darstelle, welche Rußland nicht leicht vergessen werde, und daß, wenn die indirekte Absicht vorgelegen habe, Zwietracht zwischen Rußland einerseits und Frankreich und England andererseits zu säen, dieser Zweck sicherlich nicht erreicht worden ist. Ich habe hinzugefügt, daß, ohne über Dinge urteilen zu wollen, die außerhalb meiner Kompetenz liegen, meiner unmaßgeblichen Ansicht nach die Pressenachrichten hinsichtlich Ihrer Demission jeder Grundlage entbehren müssen.

**Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolzky vom 19. März / 1. April 1909. — Nr. 28.**

Der Telegraphistenstreik hat, abgesehen von den Störungen des täglichen Lebens in Frankreich, auch auf die schwebenden politischen Verhandlungen einen außerordentlich ungünstigen Einfluß ausgeübt. Das Telegramm Curer Exzellenz vom 4./17. März, welches den Bülow'schen Vorschlag enthielt und die Grundlage für unsere spätere Anerkennung der Annexion bildete, habe ich erst nach einer Woche erhalten, zusammen mit einigen andern Telegrammen vom 3., 4. und 8. März. Ich habe nur ein Telegramm rechtzeitig erhalten, ohne Nummer, welches das Projekt

Ihrer Antwort auf den Bülow'schen Vorschlag enthielt. Ich habe den Inhalt sofort dem Minister des Auswärtigen mitgeteilt, aber die ganze Angelegenheit und der Entschluß, der gefaßt werden mußte, waren so wichtig, daß Pichon, der hierüber keine Mitteilung, weder aus Berlin noch aus Petersburg, erhalten hatte, keine bestimmte Ansicht äußern konnte, ohne die Einzelheiten vorher zu kennen. Trotzdem habe ich Ihnen sofort telegraphiert, daß Pichon Ihre Erwägungen hinsichtlich des Bülow'schen Vorschlages vollkommen teilt. Als die telegraphischen Verbindungen wiederhergestellt waren, hatte die ganze Frage unter dem Drucke der deutschen Regierung eine nicht mehr zu ändernde Richtung genommen.

Obgleich Ihr Entschluß, die österreichisch-türkische Übereinkunft durch einen Notenaustausch anzuerkennen, von dem zwischen Rußland, England und Frankreich getroffenen Abkommen, diese Frage auf einer Konferenz zu erörtern, abweicht, so war die französische Regierung hiermit im großen und ganzen zufrieden, da dieser Entschluß zur friedlichen Lösung einer Krise beitrug, welche zu einem bewaffneten Konflikte zu führen drohte, dessen Ursache, wie ich Ihnen schon berichtet habe, in der Bevölkerung keinen Widerhall fand.

Hier hat man die Größe unseres Opfers vollkommen verstanden, und die öffentliche Meinung dankt Ihnen für den tapfern Entschluß, mit diesem hohen Preise die Erhaltung des europäischen Friedens zu erkaufen. Im hiesigen Auswärtigen Amt war man jedoch unangenehm berührt, daß die russische Regierung, die bisher im Einvernehmen mit London und Paris gehandelt hatte, ihre Zustimmung nicht auch von derjenigen der andern Mächte abhängig machte, und daß die Anerkennung der Annexion Bosniens nicht durch die Zustimmung Oesterreichs zu den Serbien betreffenden Vorschlägen der drei Mächte bedingt wurde. Auf diese Weise bestand die Gefahr eines Zusammenstoßes weiter, und nur infolge der Hartnäckigkeit der englischen Regierung hat das Wiener Kabinett die vorhergehende Lösung des österreichisch-serbischen Konfliktes zugestanden.

Alle diese Umstände, welche in der Presse einen lebhaften Widerhall gefunden haben, mußten das allgemeine Urteil über unsere Handlungsweise ungünstig beeinflussen. Im Zusammen-

hang damit haben deutsche und österreichische Zeitungen den Erfolg der österreichischen Diplomatie unterstrichen und die vorherrschende Stellung der Doppelmonarchie auf dem Balkan betont. Infolgedessen verlangt die öffentliche Meinung in Frankreich, wie auch England, immer mehr eine größere Annäherung zwischen Rußland, Frankreich und England, wie sie bereits im österreichisch-serbischen Konflikt gemeinsam gehandelt haben. Die weitere Entwicklung der europäischen Lage voraussehend, kommen viele Zeitungsorgane zu dem Schlusse, daß, ähnlich wie Deutschland und Österreich jetzt einen glänzenden Sieg davongetragen hätten, auch die beiden Westmächte, zusammen mit Rußland, darauf bedacht sein müßten, ihre Kräfte planmäßig zu entwickeln, um, wenn sie in der Lage sein werden, eine Herausforderung des Dreibundes nicht zu fürchten — und in diesem Falle würde Italien sich vom Dreibunde absondern —, ihrerseits Forderungen aufzustellen, welche das politische Gleichgewicht wiederherstellen würden, nachdem es jetzt zugunsten Deutschlands und Österreichs verschoben worden ist.

Die Erfahrung der letzten fünf Jahre hat gezeigt, daß eine derartige Politik nicht notwendigerweise zum Kriege führen muß. Während der Marokkokrise hat das enge Zusammenhalten des Zweibundes mit England die deutschen Versuche zum Stehen gebracht. Auch jetzt ist das Übergewicht der einen Seite ohne Blutvergießen erreicht worden. Es handelt sich nur darum, ein enges Einvernehmen zwischen den Mächten herzustellen und fest entschlossen zu sein, weitere Übergriffe des Dreibundes nicht zuzulassen, wobei man über genügend starke Kräfte verfügen muß, um Widerstand leisten zu können.

Dies ist die Richtung, welche sowohl das Pariser als anscheinend auch das Londoner Kabinett ihrer Politik geben wollen, in der festen Überzeugung, daß auch die russische Politik dieses Ziel erstrebt, da die Verschiebung des europäischen Gleichgewichts Rußland am nächsten berührt.

Die öffentliche Meinung Frankreichs ist mit einem solchen Plane völlig einverstanden und wird die Regierung unterstützen, obwohl der Wunsch besteht, mit Deutschland in Frieden zu leben und die gegenseitigen kommerziellen und finanziellen Beziehungen zu entwickeln.

**Auszug aus einem vertraulichen Bericht des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 19. März / 1. April 1909. — Nr. 30.**

..... Das Streben der mitteleuropäischen Staaten zum Mittelmeer widerspricht sowohl unsern eignen Absichten als auch den Interessen unserer Bundesgenossen und Freunde, der Franzosen und Engländer. Hauptsächlich die letzteren sind darauf bedacht, den Weg zum Kanal von Suez nach Indien zu schützen, und halten es für nötig, jedem Versuche, diesen Weg abzuschneiden, entgegenzutreten. So z. B. hatte das im vorigen Jahre abgeschlossene Übereinkommen mit Spanien hinsichtlich der Erhaltung des status quo in den spanischen Gewässern seinen Ursprung in den nach London gelangten Nachrichten, Deutschland beabsichtige, eine der spanischen Inseln im Mittelmeer zu erwerben, um daselbst eine Kohlenstation zu errichten. Für Frankreich wäre es auch unbequem, wenn deutsche Seestreitkräfte in der Nähe seiner Küste erscheinen würden. Für Rußland wäre in Anbetracht der Stellung Deutschlands in Konstantinopel die Anwesenheit einer deutschen Flotte im Mittelmeere ebenso gefährlich, wie es die vorherrschende Stellung Englands in der Türkei war, bis das von Ihnen mit London getroffene Übereinkommen die Ursachen etwaiger Zusammenstöße zwischen Rußland und England beseitigt hat. Alle diese Umstände weisen darauf hin, wie nötig es für uns ist, uns noch enger mit Frankreich und England zu verbinden, um gemeinsam dem weiteren deutsch-österreichischen Vordringen auf dem Balkan entgegenzutreten.

Ein solcher Widerstand wird nicht unter allen Umständen zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit dem Dreibund führen müssen. Ebenso wie Österreich, von Deutschland unterstützt, seine Streitkräfte zusammengezogen und Serbien bedroht hat, ohne auf die berechtigten Forderungen Europas zu hören, könnten auch wir, nachdem unsere militärische Macht wiederhergestellt, im Einvernehmen mit Frankreich und England, Österreich-Ungarn im günstigen Augenblicke zwingen, seinen Balkanplänen zu entsagen und den jetzt unterworfenen Serben die Handlungsfreiheit wiederzugeben. Die Erfahrung der letzten Krise hat bewiesen, daß, wenn die militärischen Maßnahmen schon in

Friedenszeiten vorbereitet sind, diplomatische Fragen bereits durch Drohungen und Ausübung eines starken Druckes gelöst werden können. Die Kunst der Diplomatie besteht darin, den günstigen Augenblick auszuwählen und die günstige allgemeine Lage zu benutzen, um, im Bewußtsein der eignen Kraft, bis zum Ende durchzuhalten. Auf diese Weise werden wir unbedingt den schweren Eindruck abschwächen können, den unser Mißerfolg jetzt hervorgerufen hat, und auf diese Weise wird es uns allmählich gelingen, die uns verwandten Balkanstaaten von dem österreichisch-deutschen Einflusse zu befreien.

Im jetzigen kritischen Augenblick halte ich es für meine Pflicht, auf die Richtung unserer Politik hinzuweisen, welche meiner festen Überzeugung nach allein unsern Interessen entspricht und welche gleichzeitig sowohl von der französischen als auch, wie ich glaube, von der englischen Regierung unterstützt werden wird.

**Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Iswolsky vom 19. März / 1. April 1909.**

In der Presse sind in diesen Tagen für die Regierung äußerst beleidigende Beschuldigungen erhoben worden, Frankreich habe seine Verpflichtungen Rußland gegenüber nicht erfüllt und habe letzteres auf diese Weise gezwungen, den Forderungen des Wiener Kabinetts, das von Deutschland unterstützt wurde, nachzugeben. Pichon hält diese Anschuldigung für völlig grundlos, hat sie durch Havas dementieren lassen und hat hierbei hervorgehoben, daß sowohl Frankreich als auch England, zusammen mit Rußland, die von Anfang an beschlossene Politik befolgt haben. Der „Temps“ hat diesen Gedanken in dem beigefügten Leitartikel weiter entwickelt. Wie ich schon seinerzeit an Eure Excellenz berichtet habe, hatte die französische Regierung sich nicht bloß auf diplomatische Maßnahmen beschränkt. Der französische Botschafter in Berlin hat die Aufmerksamkeit Pichons darauf gelenkt, daß Deutschland und Österreich so entschieden vorgehen, weil sie überzeugt sind, daß Rußland sich auf keinen Fall zum Kriege entschließen und daß aller Wahrscheinlichkeit nach England und Frankreich sich einer Teilnahme am Kriege enthalten würden, selbst wenn Rußland in denselben hinein-

gezogen werden sollte. Jules Cambon hat hinzugefügt, es wäre notwendig, irgendwelche militärische Maßnahmen zu treffen, welche zeigen würden, daß Frankreich entschlossen ist, seinen Bündnisvertrag mit Rußland zu erfüllen. Außerdem wies er auf den ungünstigen Eindruck hin, den die Worte eines englischen Ministers hervorgerufen hätten, England habe nicht die Absicht, Serbiens wegen Krieg zu führen. Diese Betrachtungen sind hier beim Ausbrechen des Telegraphenstreits erhalten und sind sofort dem Ministerpräsidenten und mit einem speziellen Kurier auch nach London weitergegeben worden.

Infolgedessen wurde hier sofort die Verfügung getroffen, keine Urlaubsbewilligungen in den östlichen Armeekorps zu erteilen, und es wurden verschiedene Truppenbewegungen und andere Maßregeln zur Vorbereitung der Mobilisation durchgeführt.

In London hat man diese Erwägungen auch beherzigt, und man hat mit der französischen Regierung vereinbart, eine Eskadere zusammenzustellen, welche sich bei Malta zu versammeln hätte. Die englische Admiralität hat auch noch andere Maßregeln getroffen. Inzwischen haben aber die Telegraphenagenturen ganz Europa von einer geheimen Sitzung des Ministerrats in Tsarskoe Selo benachrichtigt, in der die Minister der Finanzen, des Handels und des Krieges bewiesen hätten, daß es für Rußland unmöglich sei, Krieg zu führen.

Eine derartige öffentliche Bloßstellung unserer völligen Machtlosigkeit hat auf unsere Freunde einen niederschmetternden Eindruck gemacht und mußte unsere Gegner ermutigen, an Rußland die unmöglichsten Forderungen zu stellen, in der festen Überzeugung, daß wir nachgeben werden. Die Kabinette von Paris und London haben hieraus den Schluß gezogen, daß Rußland, Frankreich und England mehr denn je auf gemeinsames Handeln bedacht sein und gleichzeitig militärisch rüsten müssen, um ihren Gegnern die Überzeugung beizubringen, daß sie es mit einer politischen Kombination zu tun haben, die sich Achtung zu verschaffen weiß und ihre Forderungen durchsetzen wird.

Nur auf diese Weise wird es möglich sein, das zugunsten des Dreibundes gestörte europäische Gleichgewicht wiederherzustellen, und nur auf diese Weise wird es Rußland vermögen,

seinen Einfluß auf die Balkanstaaten, den es zeitweilig verloren, wiederzugewinnen. Nur auf diese Weise endlich wird Rußland seine große, ihm von der Vorsehung vorgezeichnete historische Mission erfüllen können.

**Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 26. März / 8. April 1909.**

Persönlich und streng vertraulich. Hardinge hat mir vertraulich ein Telegramm des englischen Botschafters in Petersburg gezeigt, das über die Unterredung mit Ihnen berichtet. Der Eindruck ist sehr stark. Ihre Absicht zu demissionieren bedauert man außerordentlich, ebenso wie die Zweifel, die Sie über die weiteren Absichten der englischen Politik geäußert haben. In dieser Hinsicht kann ich bezeugen, daß die englische Politik nie eine bestimmtere und deutlichere Grundlage gehabt hat. Dies zeigt sich nicht nur in der Regierung, sondern auch im Publikum. Der Zwischenfall, von dem Sie sprechen, im Laufe dessen die englische Regierung vielleicht mit zu wenig Umsicht gehandelt hat, kann doch in keinem Falle als ein Anzeichen einer Kursänderung betrachtet werden. Der Gedanke, der Grey geleitet hat, war sicherlich nicht der, die montenegrinische Frage dem Entschlusse der Mächte zu entziehen. Da Italien zusammen mit England die einzige Macht gewesen ist, die bestimmte Bedingungen hinsichtlich Montenegros gestellt hat, so hat Grey zusammen mit Italien gehandelt. Dies mag ein Mangel an Umsicht gewesen sein, aber ich meine, man müsse deswegen nicht die sehr energische Unterstützung vergessen, die England uns in schwierigen Verhältnissen stets gezeigt hat. Ich telegraphiere Ihnen dies in der Absicht, Ihren letzten Eindruck von der englischen Politik richtigzustellen. Meiner Ansicht nach kann dies in keinem Falle ein Grund Ihrer Demission sein. In diesem Zwischenfall kann ich keine wirkliche, prinzipielle Divergenz erblicken. Übrigens hat die englische Unterstützung in Cetinje bereits aufgehört, was meiner Ansicht nach dem Zwischenfalle seine richtige Bedeutung wiedergibt. Zum Schlusse kann ich nicht anders als Sie beschwören, Ihre Folgerungen und Entschlüsse nochmals genau zu prüfen, denn diese könnten äußerst unglückliche Folgen für unsere politische Lage nach sich ziehen.